

Haushaltsrede CDU – Fraktion 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren,

Die Aufstellung eines Haushaltes ist jedes Jahr eine herausfordernde Aufgabe - besonders in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Die in allen Bereichen steigenden Kosten belasten den Haushalt massiv.

Im Besonderen sei hier die Anhebung der Kreisumlage auf 20,8 Mio. Euro genannt. Weitere Steigerungen in den Folgejahren sind bereits angekündigt. Um das in ein Verhältnis zu setzen: Die Kreisumlage steigt dieses Jahr um 3 Mio. Euro – die Steuereinnahmen aus Grundsteuer A + B planen wir in diesem Jahr mit 4,2 Mio. Euro!

Weitere starke Kostentreiber sind die erheblich gestiegenen Sozialausgaben, Aufwendungen nach dem FlüAG, Schutz vor Cyberkriminalität usw.

Mit solchen Zahlen im Blick, ist eine einfache Haushaltsaufstellung nicht möglich. Der gesamte Haushalt wurde daher nochmal intensiv auf mögliche Einsparpotentiale hin durchleuchtet. Wo es sinnvoll und möglich war, wurden die Ansätze reduziert.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahl und der Neubesetzung des Rates wurde seitens der Verwaltung ein Doppelhaushalt vorgeschlagen. Hiermit sollte dem neuen Rat Handlungsdruck genommen werden und man hätte sich nur mit den Veränderungen befassen müssen.

Die im Dezember vorgelegte Haushaltsplanung, sowie das damit verbundene Haushaltssicherungskonzept hatten es in sich. So mussten nicht nur die wesentlich höheren Kosten verarbeitet, sondern auch die Grundsteuerreform umgesetzt werden. Diese vom Bundesverfassungsgericht herbeigeführte Reform ist sehr kompliziert und die Auswirkungen auf die Einwohnerinnen und Einwohner sind sehr unterschiedlich. Auch wenn für die meisten Grundstücke in etwa der gleiche Zahlbetrag fällig wurde, so gab es auch einige, die zum Teil mit erheblich höheren Kosten konfrontiert wurden. Daher war es uns wichtig, in diesem Jahr nur den von der Landesregierung errechneten, aufwandneutralen Hebesatz zu veranschlagen. Eine zusätzliche Belastung durch Steuererhöhungen hielten wir aufgrund der unabsehbaren Auswirkungen der Reform für unangemessen.

Hier möchte ich mich auch bei den Ratskolleginnen und Ratskollegen aller Fraktionen für das gemeinsame Vorgehen bedanken. Gemeinsam haben wir die Verantwortung für die Gemeinde übernommen und für den gleichbleibenden Grundsteuer B Satz gestimmt. Lediglich ein fraktionsloses Ratsmitglied hat gegen den aufwandsneutralen Hebesatz gestimmt.

Das größte Problem ist jedoch das vorhandene negative Eigenkapital im Gemeindehaushalt. Seit 2013 sind wir gemeinsam auf dem Weg eine Wende herbeizuführen. Ausgehend von zeitweise 30 Mio. Euro haben wir das negative Eigenkapital bis Ende 2024 auf 5 Mio. Euro Defizit reduziert.

Diese 5 Mio. € müssen zwingend bis 2031 ausgeglichen werden. Um dies erreichen, war für das Haushaltsjahr 2026 ein Hebesatz von 950 %P angesetzt, gefolgt von weiteren jährlichen Steigerungen in Höhe von jeweils 15 %P.

Nach der sehr ausführlichen Haushaltseinbringung wurden seitens der Verwaltung Haushaltsklausuren angeboten. Hier hatten die Fraktionen die Möglichkeit, sich mit der Verwaltung intensiv mit dem gesamten Haushalt auseinanderzusetzen. Es wurden alle Fakten

offengelegt und alle Chancen und Risiken benannt und intensiv beraten. Ziel war es, alle Fragen so zu klären, dass eine fundierte Entscheidung für die heutige Ratssitzung ermöglicht wird. Ich bin der Auffassung, dass diese Grundlage vorhanden und eine informierte Mitwirkung der Ratsmitglieder gegeben ist!

Dies ist eine sachliche und professionelle Auseinandersetzung mit dem Thema. Umso überraschender war ein Pressebericht, in dem der Rat aufgefordert wurde, den Haushalt so nicht zu beschließen.

Die Situation mutete fast wie ein schlechter Scherz an:

Ein unabhängiger Kandidat hat den Gemeinderat in der Presse aufgefordert, den Haushalt abzulehnen. Grundlage dafür war ein Gutachten, das ihm von einem aus einer Fraktion ausgeschlossenen Ratsmitglied zugespielt wurde.

Gleichzeitig wurde dieses Schriftstück zusammen mit einer umfangreichen Liste von Fragen als Eingabe an das Rathaus geschickt. Diese Fragen wurden außerdem als Anfrage dieses fraktionslosen Ratsmitglieds eingereicht.

Zusätzlich wurde die Kommunalaufsicht aufgefordert, in die Haushaltsplanung einzugreifen.

Diese Forderungen zeigen, dass einige Beteiligte die Strukturen und Zuständigkeiten der Kommunalverwaltung nicht richtig verstehen.

Bereits ein kurzer Blick in das besagte Schriftstück hätte gezeigt, dass es nicht den Anforderungen an ein Gutachten entspricht. So wurde etwa behauptet, dass eine Kommune in der Haushaltssicherung keine freiwilligen Ausgaben tätigen dürfe – das ist falsch! Selbstverständlich dürfen und werden wir freiwillige Ausgaben tätigen! Wir unterstützen mit Haushaltsmitteln das Schwimmbad, um Schul- und Vereinsschwimmen am Campus zu ermöglichen, wir investieren in Kinderspielplätze, Digitalisierung und den Unterhalt des Kurparks.

Neben diesen, für uns sehr wichtigen, freiwilligen Aufgaben, wollen und werden wir auch im Bereich der pflichtigen Aufgaben investieren! Hier seien genannt: der Umbau des Schulzentrums zu einem Campus, das InHK 1 und InHK 2, Umbau, Renovierung und Gestaltung unserer Sportanlagen und Sporthallen. Der Neubau der Feuerwache in Nümbrecht, Anschaffungen von Fahrzeugen der Feuerwehr – z.B. die für 2026 geplante Beschaffung einer Drehleiter am Standort Nümbrecht.

Ich möchte an dieser Stelle betonen: Wir die CDU, aber auch ich persönlich stehen zu unserer Feuerwehr! Danke an dieser Stelle an die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr! Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass Sie gesund aus den Einsätzen zurückkehren können.

Nicht zu vergessen: Der Klimaschutz. Gemeinsam haben wir schon einiges erreicht. Ich erinnere an das Vorbildprogramm für Oberberg: Die Förderung des Solaranlagenbaus. Genauso stehen wir zum Bürgerentscheid Windkraft! Weitere Projektideen werden folgen.

Besonders im Fokus der Kritik stand unsere Unterstützung für das Parkhotel. Dieses stellt rein wirtschaftlich eine große Herausforderung dar. Der Rat befasst sich seit Jahren mit diesem Thema. Wir haben dabei verschiedene Szenarien geprüft, potenzielle Investoren angehört, externe Berater hinzugezogen und am Ende kamen wir zu zwei zentralen Erkenntnissen:

1. Das Hotel ist für Nümbrecht von großer Bedeutung. Es sichert Arbeitsplätze, dient als Veranstaltungsort und belebt die lokale Wirtschaft, sowie die Gastronomie. Zudem ist es prägend für das Ortsbild und ein beliebtes Ausflugsziel.
2. Nach intensiver Planung und Abwägung sind wir überzeugt, dass das Hotel eine wirtschaftlich stabile Zukunft haben kann.

Daher halten wir es für wichtig und richtig, in das Parkhotel zu investieren – auch wenn dies mit gewissen Risiken verbunden ist.

Das die Gemeinde überschuldet ist keine neue Erkenntnis, sondern zieht sich durch sämtliche Haushaltsbeschlüsse und alle Maßnahmen der letzten Jahre.

Bei allem Sparwillen muss man auch weiter investieren. Damit die Gemeinde auch in Zukunft noch lebenswert ist. Hierzu werden alle verfügbaren Förderprogramme ausgenutzt und alle Maßnahmen auf Notwendigkeit und Einsparpotenzial hin geprüft.

Aber wofür geben wir unser Geld aus?

Neben dem Schulcampus und der Erweiterung des GGS Nümbrecht haben wir in den letzten Sitzungen des FamA und BBA die Erweiterungen der GGS Gaderoth mit 3,0 Mio. Euro und der Grundschule Marienberghausen mit 2,5 Mio. Euro beschlossen. Besonders die Maßnahmen an der Grundschule Marienberghausen sind nicht die preiswertesten. Hier war es einfach richtig und sinnvoll etwas mehr Geld in die Hand zu nehmen, um den Schülerinnen und Schülern während der Baumaßnahme die bestmögliche Lernumgebung zu ermöglichen.

Mit den Baumaßnahmen schaffen wir auch eine optimale Verpflegung für unsere Kinder. Im Familienausschuss haben wir uns intensiv mit der Frage der Verpflegung unserer Kinder auseinandergesetzt. Die Entscheidung für eine ausgewogene, vitaminreiche und frische Mittagsverpflegung war mir persönlich sehr wichtig. Das ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Kinder!

Unsere Aufgabe ist es, die bestmöglichen Lösungen für bestehende Herausforderungen zu finden. Das bedeutet auch, dass wir manchmal unkonventionelle Wege gehen – trotz Kritik. Ein aktuelles Beispiel ist die medizinische Versorgung: Sie wird sich in den kommenden Jahren deutlich verschlechtern, eine Lösung kommt nicht von allein. Daher haben wir ein Medizinisches Versorgungszentrum in kommunaler Trägerschaft (MVZ) gegründet.

Der erste Wirtschaftsplan war absolut nicht tragfähig! Doch anstatt aufzugeben, haben wir intensiv weitergearbeitet. Besonders Benjamin Häcke und Manfred Bestgen haben hier Großartiges geleistet, einen tragfähigen Wirtschaftsplan erstellt und Ärzte akquiriert. Trotz der gestern im nichtöffentlichen Rat diskutierten Probleme wurde der neue Wirtschaftsplan mehrheitlich beschlossen – ein Beweis, dass wir offen auch über Probleme sachlich diskutieren können und wir fraktionsübergreifend den politischen Willen haben, unsere medizinische Versorgung dauerhaft zu sichern.

Wobei das KMVZ dabei kein Selbstläufer ist. Es weiter auf den Weg zu bringen, wird eine herausfordernde Aufgabe der nächsten Monate und Jahre für uns sein, dem ich mich gerne mit Ihnen gemeinsam stelle!

Eine weitere Entwicklung ist auch das Altschuldenentlastungsgesetz. War es im letzten Jahr noch eine vage Idee, hat sich die Landesregierung im Januar klar positioniert: Das Land wird

auch ohne den Bund mit der Umsetzung beginnen. Nümbrecht wurde als "Referenzkommune" in das Projekt aufgenommen und hat alle erforderlichen Unterlagen eingereicht.

Letzte Woche teilte das Ministerium für Heimat und Kommunales dann erfreulicherweise mit, dass das Landeskabinett den Entwurf des Gesetzes zur anteiligen Entschuldung der Kommunen in NRW beschlossen hat. Das Gesetz wurde nun in die Verbändeanhörung gegeben. Es ist somit einen weiteren, großen Schritt auf dem Weg zur endgültigen Beschlussfassung. Wenn das Gesetz beschlossen wird, bedeutet das eine Entlastung in Höhe von knapp 15 Mio. Euro für unseren Haushalt. Damit wäre bereits in diesem Jahr Eigenkapital ausweisbar.

Wie eingangs bereits erwähnt, sind wir gehalten, durch Haushaltsüberschüsse wieder Eigenkapital aufzubauen. Mit der Umsetzung des Altschuldenfonds ist es nicht mehr erforderlich erhebliche Überschüsse in jedem Jahr zu erwirtschaften - es muss „lediglich“ noch der Haushaltsausgleich erzielt werden.

Sie haben vielleicht gestern der Presse entnehmen können, dass seitens CDU und SPD ein Finanzpaket verhandelt wird, der auch Infrastrukturmaßnahmen für Kommunen beinhalten soll. Vielleicht können wir auch auf Bundesmittel hoffen.

Die drastische Erhöhung des Grundsteuer-B-Hebesatzes auf 950 %P wird auch allein mit den Landeshilfen voraussichtlich nicht mehr erforderlich sein. Daher halten wir den Beschluss eines Doppelhaushalts einschl. der Erhöhung der Grundsteuer B in 2026 auf 950%P nicht mehr für notwendig. Aus diesem Grund haben wir beantragt, nur die Haushaltssatzung für das Jahr 2025 inkl. Anlagen zu beschließen. Wir hoffen dabei auf eine breite Zustimmung!

Zum Abschluss möchte ich allen Mitarbeitenden der Verwaltung herzlich danken. Die intensive und anstrengende Arbeit an der Haushaltsplanung verdient höchste Anerkennung

Wir dulden keine Anfeindungen oder Übergriffe gegen Sie! Ihre hervorragende Arbeit verdient Anerkennung, und Sie sollen sie auch weiterhin ohne derartige Angriffe ausüben können. Die CDU und ich persönlich stehen uneingeschränkt hinter Ihnen!

Besonders danken wir der Verwaltungsspitze, die sich in den Haushaltsklausuren den Fragen und Diskussionen gestellt und den Haushalt umfassend erläutert hat.

Wir haben in den Ausschusssitzungen zahlreiche Projekte beschlossen und übernehmen nun die Verantwortung für deren finanzielle Umsetzung. Daher werden wir den Haushalt als Einzelhaushalt in der uns vorliegenden neuen Form zustimmen.

Wir haben und werden auch in Zukunft sinnvolle Vorschläge bürgernah und sachlich diskutieren und umsetzen. Gemeinsam wollen wir diese schöne Gemeinde attraktiv und zukunftsfähig weiterhin gestalten! Dafür steht die CDU, dafür stehe auch ich ganz persönlich ein! Dafür reiche ich allen Demokraten die Hand!

Vielen Dank!

Thomas Hellbusch
stv. Fraktionsvorsitzender
CDU Nümbrecht